



POSITIONEN ZUR EUROPAWAHL 2024

Was Franchise-Unternehmen zu erwarten haben

INHALT

Vorwort

- 1. Blick auf die Franchisewirtschaft**
- 2. Existenzgründung und Unternehmertum**
- 3. Gründungsförderung**
- 4. Bürokratieabbau**
- 5. Wettbewerb**

IMPRESSUM

Deutscher Franchiseverband e.V.
Luisenstraße 41
10117 Berlin

www.franchiseverband.com

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

der bevorstehenden Europawahl am 9. Juni kommt eine Schlüsselfunktion zu. Nach Jahren enormer politischer wie wirtschaftlicher Herausforderungen stehen im Europäischen Parlament wichtige Entscheidungs- und Transformationsprozesse an. Zudem bietet ein möglicher Führungswechsel die Chance, gerade auch im wirtschafts- und mittelstandspolitischen Bereich neue Akzente zu setzen.

Grund genug für den Deutschen Franchiseverband, relevante Fragen für unseren Wirtschaftszweig zu formulieren und als „Wahlprüfsteine“ bei den im Bundestag vertretenen Parteien einzureichen. Diese fokussieren sich auf:

- Blick auf die Franchisewirtschaft
- Existenzgründung und Unternehmertum
- Gründungsförderung
- Bürokratieabbau
- Wettbewerb

Die erhaltenen Antworten dokumentieren wir hier im Überblick. Im Sinne einer transparenten Meinungsbildung geben wir sie ungekürzt, unverändert und im Wortlaut wieder.

Die Antworten der Parteien FDP, SPD, CDU/CSU, Die Linke und AfD sind bis zum Freitag, den 31.05.2024, bei uns eingegangen. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen konnte unsere Fragen „aus Gründen begrenzter Arbeitskapazitäten“ nicht beantworten.

Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre!

Freundliche Grüße

Jan Schmelzle
Geschäftsführer



Arne Dähn
Stellvertretender Geschäftsführer



1. BLICK AUF DIE FRANCHISEWIRTSCHAFT



Welche Wachstumsmöglichkeiten sehen Sie zukünftig für die Franchisewirtschaft und welchen Stellenwert räumen Sie dieser Art von Unternehmenskooperationen selbstständiger Unternehmer im europäischen Kontext ein?

CDU CSU

CDU und CSU wollen weiterhin für gute Rahmenbedingungen für alle Wirtschaftszweige und Unternehmen in Deutschland und Europa sorgen. Die Franchisewirtschaft ist dabei ein wichtiger Teil der Unternehmenslandschaft in Deutschland.

SPD

Soziale Politik für Dich.

Franchiseunternehmen sind wichtig zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Stärkung der Wirtschaft und Förderung von verantwortungsvollem Unternehmertum in Europa. Damit sie ihr Potential entfalten können, möchten wir ein Umfeld schaffen, in dem nachhaltiges Wachstum ermöglicht wird, während gleichzeitig Arbeitnehmer*innenrechte gewahrt und demokratische Strukturen durch Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer*innen gesichert werden. Diese Art von Unternehmenskooperationen sollten stets so ausgestaltet sein, dass die lokale Wirtschaft von ihrem Wachstum profitieren kann, ohne dabei Arbeitsstandards zu untergraben.

Freie Demokraten

FDP

Die FDP legt großen Wert auf die Bedeutung der Franchisewirtschaft, die eine wichtige Rolle in unserem Wirtschaftsleben spielt. Franchiseunternehmen tragen zur Stärkung des Wettbewerbs und zur Förderung von Innovationen bei. Die Vorzüge der Franchisewirtschaft, wie Flexibilität und die Nutzung eines bewährten Geschäftsmodells, können ein großer Faktor für den Erfolg dieser Unternehmenskooperationen sein. Durch die Zusammenarbeit zwischen Franchisegebern und Franchisenehmern können Synergieeffekte genutzt und Risiken reduziert werden. Es ist wichtig zu betonen, dass derartige Unternehmenskooperationen innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens einen wertvollen Beitrag zum EU-Binnenmarkt leisten können. Sie fördern den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und tragen zur Schaffung eines dynamischen und integrativen Wirtschaftsumfelds bei. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, dass die Franchisewirtschaft weiterhin gestärkt und gefördert wird, um den Unternehmergeist zu unterstützen und den EU-Binnenmarkt zu stärken.

AfD

Wir sehen das Franchise-Konzept als wichtigen Baustein der mittelständischen Wirtschaft, das einen erleichterten Eintritt in die unternehmerische Selbständigkeit ermöglicht. Zudem tragen auch Franchise-Unternehmen zur Belebung unserer Innenstädte bei. Die in der EU garantierten vier Grundfreiheiten erleichtern die europäische Expansion von Franchise-Unternehmen auch aus Deutschland heraus.

Die Linke

Die Linke unterstützt Unternehmenskooperationen, wo sie nicht zu Konzentration und Marktmacht führen, andere Anbieter verdrängen oder nicht entstehen lassen. Selbständige und freiberufliche Tätigkeit sind für uns zentraler Bestandteil einer guten Wirtschaftsordnung. Das Thema der Unternehmenskonzentration wird bei der kommenden EU-Kommission höchst relevant. Die Bildung europäischer „Champions“ scheint die Wettbewerbsstrategie des Europäischen Rates zu sein. Da die EU Anfang 2024 die Rückkehr zur Kürzungspolitik beschlossen hat (Reform des SWP) wird Geld für Investitionen fehlen. Die angestrebte Kapitalmarktunion wird in Kooperation mit der Privatisierung der Rentensysteme Geld in die Aktienmärkte umlenken, was die Nachfrage nach Gütern sinken lassen wird. Wir wollen genossenschaftliche (kooperative) Ansätze fördern, die gemeinwirtschaftliche Ziele verfolgen und regionale Wirtschaftskreisläufe ausbauen. Wir begrüßen Unternehmensgründungen und fördern Unternehmer*innen. Allerdings brauchen wir keine prekäre Selbständigkeit und individuelle „Rosinenpickerei“. Wir wollen sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen mit Beiträgen absichern und die Lasten nicht auf die Allgemeinheit abwälzen, wenn die Selbständigkeit scheitert oder zu geringe Einkommen im Falle von Krankheit und im Alter abwirft. Wichtig ist uns dabei, dass die künftigen Beiträge für Selbständige und andere Freiberufler sich deutlich stärker am realen Einkommen orientieren.

2. EXISTENZGRÜNDUNG & UNTERNEHMERTUM



Die rückläufige Zahl der Existenzgründungen belastet auch die Franchisewirtschaft. Ein verantwortlicher Faktor ist die mangelnde Wertschätzung gegenüber dem Unternehmertum. Wie planen Sie die Unternehmenskultur zu stärken, um mehr Menschen zur Selbstständigkeit zu motivieren?

CDU CSU

CDU und CSU werben für eine positive gesellschaftliche Grundhaltung zum Unternehmertum. Wir brauchen Entlastungen für Unternehmen, insbesondere bei der Bürokratie, damit sie sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren können. Europa soll sich zum Nummer-1-Standort für Start-ups entwickeln. Sie brauchen einen niedrighschwelligigen Marktzugang, weniger Bürokratie und einen besseren Zugang zu vorhandenem Kapital.

SPD Soziale Politik für Dich.

Siehe Thema 3

Freie Demokraten FDP

Die FDP bekennt sich klar zur marktbasieren Förderung des Unternehmertums als Motor für wirtschaftliches Wachstum und Innovation. Unternehmerinnen und Unternehmer spielen eine entscheidende Rolle für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung neuer Technologien und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Es ist an der Zeit, dass Unternehmertum die gebührende Wertschätzung erfährt, die es verdient. Unternehmerinnen und Unternehmer sind Risikoträger, Innovatoren und Treiber des Fortschritts. Ihre Kreativität und Entschlossenheit sind von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit.

Um die Unternehmenskultur zu stärken, müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmertum fördern und belohnen. Dazu gehören beispielsweise die Senkung der Unternehmenssteuern, massiver Bürokratieabbau, besserer Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten wie Wagniskapital und auch ganz grundsätzlich eine gesellschaftliche Kultur der Risikobereitschaft und Innovation. Es ist wichtig, dass wir Unternehmerinnen und Unternehmer ermutigen und unterstützen, damit sie ihr volles Potenzial entfalten können. Eine gestärkte Unternehmenskultur schafft Chancen für alle und trägt dazu bei, dass unsere Gesellschaft dynamisch und innovativ bleibt. Die FDP setzt sich daher entschieden für eine Stärkung der Unternehmenskultur in Deutschland und Europa ein.

AfD

In unseren Schulen soll die Bedeutung des Unternehmertums für Wohlstand und Selbständigkeit bereits in den unteren Klassen vermittelt und durch Besuche in mittelständischen Unternehmen veranschaulicht werden. Den Unternehmern wollen wir durch einen stabilen ordnungspolitischen Rahmen und Minimierung von Staatsingriffen die Planungssicherheit zurückgeben. In allen wettbewerbsrelevanten Randbedingungen wie Zugang zu preiswerter Energie, Abbau von lähmender Bürokratie, Facharbeitskräftezugang, Finanzierungszugang, Infrastruktur und Steuerlast wollen wir wieder international anschlussfähige Positionen einnehmen. KMU soll zusätzlich ein vereinfachter Zugang zu Daten und Apps für KI-Anwendungen ermöglicht werden.

Die Linke

Die Linke unterstützt wirtschaftliche Selbständigkeit. Wir stellen jedoch keine „mangelnde Wertschätzung gegenüber dem Unternehmertum“ in Deutschland fest. Bei Springer Professional wurde am 9.1.2024 der Artikel „Junge Menschen finden Unternehmertum cool“ veröffentlicht. Dort findet man Daten, die das hohe Ansehen von „Entrepreneurship“ bestätigen. Für eine funktionierende Marktwirtschaft bedarf es einer hohen, effektiven Nachfrage. Um die Einkommen der Bürger*innen zu stärken, wollen wir die Vermögensteuer wieder einführen, die Unternehmen nicht belastet: ein Prozent ab einer Million Euro Nettovermögen, fünf Prozent ab 50 Millionen Euro und für Vermögen oberhalb von einer Milliarde Euro zwölf Prozent. Hierdurch können wir Investitionen in Wohnen, Bildung, ÖPNV und Pflege finanzieren, die wiederum die Konjunktur ankurbeln werden. Die Linke sieht die gegenwärtige Entwicklung kritisch. Das Mandat der nächsten EU-Kommission sieht vor, dass es zu stärkeren Monopolen kommen soll, mit grenzübergreifenden M&A. Dies widerspricht den Elementen, die die wirtschaftliche Selbständigkeit für Die Linke attraktiv machen, individuelle Unabhängigkeit und gesellschaftliche Machtverteilung. Die Linke tritt also zugunsten kleiner Unternehmen gegen die marktgetriebene Ballung von Macht in der Hand immer weniger Unternehmen stark.

3. GRÜNDUNGSFÖRDERUNG



Wie stehen Sie zu einer europäischen Existenzgründungsförderung, gegebenenfalls auch ermessensfrei?

CDU CSU

CDU und CSU setzen sich für einen verbesserten Zugang für Gründer und KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten ein. Dabei müssen vor allem die Auszahlung von Fördermitteln und die Kreditvergabe unbürokratischer werden. Es gilt daher, die regulatorischen Rahmenbedingungen an die Finanzierungsbedürfnisse der Unternehmen anzupassen. Wir wollen dazu auch die Kapitalmarktunion vertiefen und den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen stärken.

SPD Soziale Politik für Dich.

Wir begrüßen europäische Initiativen zur Förderung von Existenzgründungen. Programme wie Erasmus für Jungunternehmer*innen sollen Unternehmenskultur früh fördern und Foren wie das Europäische Unternehmensförderungsnetzwerk (Enterprise Europe Network) unterstützen Existenzgründer*innen und beraten sie in unterschiedlichsten Bereichen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, das übermäßige Regulierung für Gründer*innen dort abgebaut wird, wo sie Investitionen hindern; dabei soll der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten erleichtert werden. Dabei kann auch die Vollendung der Kapitalmarktunion helfen. Auf diese Weise kann privates Kapital grenzüberschreitend mobilisiert und in Unternehmen gelenkt werden. Insbesondere kleine oder neu gegründete Unternehmen können den Kapitalmarkt so leichter und stärker als bisher als Finanzierungskanal nutzen.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten wollen Deutschland und Europa zu modernen Gründerstandorten machen. Dazu gehört natürlich auch Gründungsförderung. Die europäische Existenzgründungsförderung umfasst bereits zahlreiche Programme und Initiativen. Sie bieten eine Vielzahl von Ressourcen und Finanzierungsmöglichkeiten für angehende Unternehmer und Start-ups. Einige der wichtigsten Programme sind der Europäische Sozialfonds (ESF), Horizont Europa, Erasmus für Jungunternehmer, das COSME-Programm und das Enterprise Europe Network (EEN). Sie bieten Unterstützung in Form von Finanzierung, Beratung, Schulungen und Netzwerken, um angehenden Unternehmerinnen und Unternehmern bei der Umsetzung ihrer Geschäftsideen zu helfen und ihnen den Zugang zum Markt zu erleichtern.

Neben diesen bereits existenten Fördermodellen auf EU-Ebene wollen wir insbesondere eine europäische Venture-Capital-Verordnung durchsetzen, die beste Bedingungen für Wagniskapital schafft. Ein „Zukunftsfonds Europa“ könnte durch entsprechende Risikobündelung Venture Capital an zukunftssträchtige Unternehmen vergeben. Zudem setzen wir uns für eine Vereinheitlichung der Regeln zum Crowdfunding in der EU ein. Wir wollen außerdem ein unabhängiges Inkubator-Programm etablieren, das europaweit in großer Zahl Unternehmensgründungen anregt, coacht und zur Finanzierung über privates Wagniskapital bringt.

AfD

Obwohl es ein spezielles EU-Förderprogramm für KMU gibt, halten wir eine gezielte Förderung durch die Nationalstaaten für sinnvoller. Sie kann ergänzt werden durch geförderte Beratungsdienstleistungen bei den Verbänden oder dem bundeseigenen Hightech-Gründerfonds. Eine Unterstützung von Neugründungen durch Innovations- und Start-up-Förderung soll in jedem Fall nach klaren, gesetzlich geregelten Kriterien erfolgen.

weitere Antworten zu dieser Frage siehe Folgeseite

Die Linke

Die Linke unterstützt die Förderung von Existenzgründungen und fordert die Mittelanpassung insoweit, wie sie nicht in prekäre Selbständigkeit und Selbstausbeutung mündet. Gute Konzepte, eine umfassende Beratung und Begleitung sowie die Beachtung aller Regeln und Tariftreue sind für uns Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Mittel. Es gibt keinen Grund für eine Sonderbehandlung bei Existenzgründungen. Die allgemeine „Start Up“ Begeisterung sehen wir kritisch, 9 von 10 Unternehmen scheitern, und zwar nicht an zu viel „Bürokratie“. Die „Disruption“ von Geschäftsfeldern durch StartUps ist häufig auch mit negativen Folgen für andere Unternehmen, Branchen und die Beschäftigten verbunden. In diesem Sinne steht Die Linke nicht für eine „ermessensfreie“ Förderung. Der Einsatz öffentlicher Mittel und die Anpassung des Rechtsrahmens erfordern stets eine Prüfung der Ziele und Folgen der Existenzgründung - nicht nur für die Gründer*innen.

4. BÜROKRATIEABBAU



Über die Hälfte der Bürokratiebelastung kommt aus der EU. Besonders betroffen sind deutsche Existenzgründer und Selbstständige. Dies belastet die Franchisewirtschaft erheblich. Welche Maßnahmen planen Sie, um EU-Bürokratie abzubauen und Gründer sowie Selbstständige zu entlasten?

CDU CSU

CDU und CSU wollen die Überregulierung der Wirtschaft durch einen sofortigen Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen beenden. Die komplexe EU-Gesetzgebung wollen wir konsolidieren, die Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln abschaffen. Wir wollen das „1 in, 1 out“-Prinzip zu einem „1 in, 2 out“-Prinzip ausweiten – für jede neue belastende Regelung müssen zwei alte abgeschafft werden. Zudem wollen wir einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat schaffen, der die Bürokratiekosten misst und die Erfahrung in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt. Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. Hierzu wollen wir eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchführen. Für unseren Mittelstand wollen wir den Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken. Er soll zukünftig auch bei allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU-Tests zwingend prüfen.

SPD Soziale Politik für Dich.

Ein gemeinsamer Binnenmarkt bedeutet automatisch, dass ein maßgeblicher Teil der Regulierung seitens der EU erfolgt, da 27 unterschiedliche nationale Regelungen durch harmonisierte europäische Regeln ersetzt werden. Dies ist allerdings nicht automatisch gleichzusetzen mit stärkerer bürokratischer Belastung. Es ist entscheidend, dass wir strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene treffen können, während wir gleichzeitig Bürokratie abbauen, um die Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt ist insbesondere für KMU, Start-ups, Selbstständige und Freiberufler*innen dringend notwendig. Dafür wollen wir die Qualität von EU-Regulierungen verbessern ohne dabei Schutzstandards abzusenken.

Freie Demokraten FDP

Unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) wurde fortlaufend zusätzliche Bürokratie geschaffen. Mittlerweile sind 57 Prozent der bürokratischen Belastungen in Deutschland auf EU-Gesetze zurückzuführen. Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, sowie Selbstständige sehen sich daher gezwungen, wertvolle Energie und Zeit für die Bewältigung immenser bürokratischer Anforderungen aufzuwenden. Wir Freie Demokraten wollen deshalb eine Trendwende für einen radikalen Bürokratieabbau einleiten. Nur so kann die EU als Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig sein und Motor für neues Wachstum und Wohlstand werden. Dazu fordern wir einen „Bureaucracy Reduction Act“. Wir wollen die Wirtschaft von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreien. Für jede neue Belastung durch EU-Regulierung müssen gemäß der „One in, two out“-Regel bestehende Belastungen in doppeltem Umfang abgeschafft werden. Wir fordern außerdem eine systematische Erfassung der Bürokratiekosten resultierend aus EU-Rechtsvorschriften. Eine Übererfüllung von EU-Anforderungen („Gold Plating“) lehnen wir ebenso ab wie die unverhältnismäßigen Belastungen für den Mittelstand durch die EU-Lieferkettenrichtlinie.

AfD

Weniger Gesetze aus EU sowie Rückabwicklung des Lieferkettengesetzes. Berichtspflichten sollen reduziert werden und für Kleinunternehmen weitgehend entfallen; für neue Verordnungen und Gesetze soll ein ausreichender zeitlicher Vorlauf für die Anhörungen angesetzt werden, damit KMU-Verbände bei den Mitgliedsunternehmen Bedenken und Wünsche abfragen können. Neue Bürokratiekosten sollen nur akzeptiert werden, wenn gleichzeitig Kosten in mindestens gleichem Umfang entfallen. Zudem wollen wir die Datenschutzgrundverordnung deutlich vereinfachen.

weitere Antworten zu dieser Frage siehe Folgeseite

Die Linke

Die Linke unterstützt den Ansatz des „One-In-One-Out“ nicht. Die Linke will dort Bürokratie abbauen, wo sie unsinnig ist und nur zeitliche wie finanzielle Belastungen mit sich bringt. Nicht aber, wo sie Arbeits- und Umweltschutz und Tarifrechte betreffen. Ob es unsinnige Belastungen gibt, ist gemeinsam mit den Betroffenen, deren Verbänden und Stakeholdern aus anderen sozialen Bereichen zu prüfen. Um die Arbeit der staatlichen Verwaltung zu beschleunigen, wollen die digitale Verwaltung mit mehr Mitteln (€10 Mrd. p.a.) und Personal durchsetzen, die Behörden (Bund, Land und Kommunen) vernetzen und Abläufe beschleunigen und effektiv organisieren. Nur so ist eine öffentliche Verwaltung zukunftsfähig, reduziert „Bürokratie“ im Alltag und beim überfälligen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft.

5. WETTBEWERB



Das wachsende Ungleichgewicht zwischen multinationalen Konzernen und KMUs, gefördert durch gesetzliche Privilegien, belastet auch die Franchisewirtschaft. Wie planen Sie das Gleichgewicht wiederherzustellen, fairen Wettbewerb zu sichern und Vielfalt sowie Innovation im europäischen Markt zu fördern?

CDU CSU

CDU und CSU setzen sich für einen funktionierenden Wettbewerb ein. Dafür brauchen wir auf EU-Ebene einen geeigneten wettbewerbspolitischen Rahmen. Dazu gehören unter anderem zielgerichtete und flexible Beihilfen und die konsequente Verfolgung der missbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung, insbesondere von Digitalkonzernen. Zudem unterstützen wir die Bemühungen, eine faire Unternehmensbesteuerung sicherzustellen und befürworten eine globale Mindeststeuer für international tätige Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro.

SPD Soziale Politik für Dich.

Der gemeinsame Binnenmarkt ist das Kernstück unserer Wirtschaftskraft und der Motor für den Wohlstand in Europa. Wir setzen uns für fairen Wettbewerb und gleiche Bedingungen zwischen global tätigen Unternehmen und lokalen KMUs ein. Mit den Gesetzen über digitale Dienste und digitale Märkte ist es uns gelungen, den Wettbewerb fairer zu gestalten und Märkte für KMUs zu öffnen. Gleichzeitig wurden die Binnenmarktregeln so gestärkt, dass Unternehmen aus Drittstaaten bei Nichtbeachtung, den Zugang zum europäischen Markt verlieren. Wir stärken die Rolle von KMUs durch europ. Gesetze und versetzen sie in die Lage, neue Technologien zu hinterfragen und zu verstehen sowie Rechtsmittel einzulegen, wenn ihre Rechte durch sie verletzt wurden. Beispielhaft sind sogenannte „Sandboxes“, die der Förderung, Innovation und Stärkung der für KMU und Start-ups relevanten KI-Anwendungen dienen. Diese Testumgebungen sollen dabei helfen, KI zu entwickeln, die in vollem Einklang mit der KI-Verordnung stehen.

Freie Demokraten FDP

Die EU braucht einen echten Mittelstandskommissar, der sich um faire Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie um Bürokratieabbau kümmert. Er muss sicherstellen, dass auf EU-Ebene keine Regelungen eingeführt werden, die von Mittelständlern nicht umgesetzt werden können, und Vorschläge für die Änderung oder Abschaffung bestehender Regelungen erarbeiten, wenn sie den Mittelstand über Gebühr belasten. Klar ist jedoch auch, dass die Marktmacht großer Konzerne unter besondere Beobachtung gestellt werden muss. Auch dies zählt für uns zu den Aufgaben eines EU-Mittelstandskommissars. Dadurch wollen wir den fairen Wettbewerb im Rahmen des bestehenden Wettbewerbsrechts langfristig sichern.

AfD

Wir wollen günstigen Strom für alle Unternehmen und Haushalte, nicht nur für Großunternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Eine Differenzierung soll ausschließlich über den Mengeneffekt, nicht über Abgaben- und Steuersätze erfolgen. Dafür müssen Energieerzeugung und -beschaffung wieder wettbewerbsfähig werden. Förderprogramme müssen so geregelt werden, dass auch KMU ohne großen Aufwand davon profitieren können. Grundsätzlich wollen wir allerdings nicht über Subventionen in die Wirtschaft eingreifen, sondern mittels marktgerechter Randbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und Innovation sorgen.

Die Linke

DIE LINKE stellt sich gegen die Strategie der großen europäischen Monopole, die gegenwärtig von Von der Leyens (EVP) geführter EU-Kommission und von Charles Michel (Liberaler Parteifamilie) gefördert wird. Wir kritisieren bereits seit langem die laxen Wettbewerbskontrollen der EU, die nur sehr selten Zusammenschlüssen zwischen Unternehmen verbietet. Wir benötigen hier auf EU-Ebene einen Wechsel, um immer größere Ballung von Marktmacht zu verhindern. Konkret müssen wir bei der angekündigten Revision der Beihilferegeln auf lokale, soziale und umweltgerechte Produktion regionaler Wirtschaftskreisläufe setzen. Hier hilft auch die Stärkung der Sozialen Säule.

